

Berliner Tageblatt

Nr. 314

Gescheftsführer Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Dienstag, 6. Juli 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Schicksalsstunde Caillaux'.

Die langerwartete Finanzdebatte.

Caillaux und der Sachverständigenbericht. — Ein klares Programm? — Die Opposition.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. Juli.

Heute nachmittag beginnt in der Kammer die große Debatte über die Finanzpolitik. Die Zeitungen weisen noch einmal auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Entscheidung hin, zum Teil in pathetischen Ausdrücken. „Wir werden in den nächsten Tagen die ernstesten Stunden dieser Sitzungsperiode erleben“, schreibt die „Re Nouvelle“. Es handelt sich diesmal nicht bloß um die Mehrheit, sondern es handelt sich um die Zukunft Frankreichs. Die „Journée Industrielle“, die sonst die Ereignisse nicht dramatisiert, sagt heute: „Niemand war zu gleicher Zeit der Todesgefahr so nahe wie der Rettung“. Philosophischer urteilt Komier im „Figaro“: „Wenn die Regierung fallen will, dann wird der Bericht der Sachverständigen ihr eine ehrenvolle Niederlage ermöglichen. Hat sie aber den Willen zu siegen, dann muß sie sich durch ihre eigene Energie helfen.“ Das Wort Energie fehlt in allen Kommentaren wieder. Überall wird erklärt, daß Caillaux und Briand verloren sind, wenn sie neue Zugeständnisse machen und die Entscheidung von neuem hinausgeschoben wollen. Es hat keinen Sinn zu prophesieren. Es sei nur als Tatsache festgestellt, daß die Kammer gestern nachmittag nicht so erregt war, wie sie es am Vorabend großer Lage gewöhnlich ist. Die Deputierten sprachen weniger über die Regierung, als über den Sachverständigenbericht. Die Sozialisten und ein Teil der Radikalen (Georges Bonnet, Malvy und andere Freunde der Riots) sind gegen die Vorschläge der Sachverständigen. Die Gemäßigten sind zurückhaltend. Die Rechte freut sich über die Meinungsverschiedenheiten in den Kartellparteien. Alles wird von dem Eindruck abhängen, den Caillaux selbst macht. In dem gestrigen Ministerrat hat er 2½ Stunden lang gesprochen, um seinen Kollegen seine Auffassung klar zu machen. Es wird in dem amtlichen Kommentar nichts über den Erfolg seiner Worte gesagt, aber aus einigen Andeutungen ist zu entnehmen, daß Caillaux größere Vollmachten zu erlangen wünscht, als Briand sie für nötig hält. Der Finanzminister wird, wie es schon gestern gesagt wurde, noch vor dem Beginn der Interpellationsdebatte die Lage des Landes schildern und seine Absichten auseinandersetzen. Er wird sich zur Beantwortung der Interpellationen breiten können, aber darauf bestehen, daß die Kammer sofort tagt, ob sie mit ihm arbeiten will oder nicht. Erst wenn er sein Vertrauensvotum erhalten hat, will Caillaux den Gesetzentwurf vorlegen, der, wie heute erklärt wird, erst in einigen Tagen vollständig fertig sein wird. Diese Taktik erscheint als gefährlich. Es wird zwar gesagt, daß die Vorschläge des Finanzministers sich mit den Vorschlägen des Sachverständigenausschusses

beinahe vollständig decken, aber solange ein sauber gearbeiteter Gesetzentwurf nicht vorliegt, wird die Frage des Vertrauens immer nur als eine Frage der Person, also unschlüssig entschieden werden. Caillaux ist der Meinung, daß für das Urteil der Kammer eine grundsätzliche Orientierung genügen müsse. Seine Gegner können einwenden, daß die Kammer nicht über Ideen, sondern über die Gesetze abzustimmen hat, die der Ausdruck dieser Ideen sein sollen. Die Kommunisten formulieren die Entscheidung, auf die es ankommt, in der Frage: „Caillaux oder das Proletariat?“ Die Sozialisten glauben, daß die Stunde für ihr eigenes Programm nahe ist, und stellen die Alternative: „Caillaux oder wir?“ Die Opposition der Gemäßigten (Gruppe Marin) fragt: „Caillaux oder Lardieu?“ Zwischen diesen drei Entscheidungen ist zu wählen. Die schlimmste Entscheidung wäre ein Kompromiß.

Der Franc fällt weiter.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. Juli.

Im vorberühenden Devisenverkehr um 9 Uhr notierte das Pfund 181,50, der Dollar 37,52 francs. Bis 11 Uhr 25 Minuten waren die Kurse schon wieder gestiegen, und zwar das Pfund auf 183,50, der Dollar auf 37,75.

Noch immer die Reise Schachts.

Zusammenarbeit der Staatsbanken?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. Juli.

Mit erstaunlicher Beharrlichkeit wird in den Zeitungen immer wieder der Name des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht genannt, obwohl es jetzt mit Sicherheit feststeht, daß alle Meldungen über eine Beteiligung Dr. Schachts an der Lösung der Finanzfrage Phantasien sind. Die neueste Besart bringt „Grelot“. Diese Zeitung schreibt, nachdem sie die Denunziierung über die angelegte Reise Schachts vermeldet hat: „Es bleibt dennoch nicht unmöglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß in kurzer Zeit Unterredungen Dr. Schachts mit dem Direktor der Federal Reservebank, Strong, mit dem Gouverneur der Bank von England, Norman, mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, stattfinden können. Strong hat auf indirektem Wege dem Finanzminister mitteilen lassen, daß er eine Konferenz dieser Art für nützlich halten würde. Im Finanzministerium glaubt man vorläufig nicht, daß eine vermittelnde Konferenz in Aussicht steht, aber man gibt zu, daß die Stabilisierung durch eine beständige Lebensanbahnung und Zusammenarbeit der deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Staatsbanken günstig beeinflusst werden würde. „Cuotidian“ spricht gleichfalls von dieser Idee, hält sie aber noch für verfrüht.

Der englische Kohlenstreik.

Die neuen Lohnbedingungen. — Der Widerstand gegen den Arbeitslosenlag.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

London, 6. Juli.

Da die beiden neuen Bergwerksgesetze der Regierung in diesen Tagen Gesetzeskraft erhalten werden und damit einen achtstündigen Arbeitstag im Bergbau ermöglichen, bereiten jetzt die Bergwerksbesitzer ihre neuen Lohnbedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit in den einzelnen Bergwerksbezirken vor. In Warwickshire und Northshire sind sie bereits während des Wochenendes bekanntgegeben worden. In Warwickshire werden den Bergarbeitern bei Annahme des achtstündigen Arbeitstages für die nächsten neun Monate Löhne angeboten, die zum mindesten eine Erhöhung der bisherigen Löhne um 7 Pence pro Schicht betragen. In Northshire dagegen ist den Bergarbeitern für die nächsten drei Monate die Annahme der April-Löhne vorgeschlagen worden. In Südwalles, Forest of Dean und Schottland werden den Bergarbeitern bis Ende September ihre bisherigen Arbeitslöhne garantiert. Die Arbeitsbedingungen der Bergwerksbesitzer in Südwalles sind am interessantesten. Trotzdem Südwalles als der bei weitem größte englische Kohlenausfuhrbezirk am meisten unter dem Kohlenstreik gelitten hat, haben die dortigen Bergwerksbesitzer den Bergarbeitern nicht nur ihre früheren Löhne für die nächsten drei Monate garantiert, sondern sich auch erboten, für Nachmittags-, Nacht- und Überstunden Zuschläge zu zahlen. Während der letzten Tage sind von Seiten der inoffiziellen Vermittler erneute Versuche gemacht worden, der Regierung Vorschläge zu einer Beilegung des Kohlenstreiks zu unterbreiten. Die der Regierung vorgelegten Pläne sind aber alle von ihr zurückgewiesen worden, weil sie von den Bergarbeitern und ebenso von den Bergwerksbesitzern nicht angenommen werden könnten. Ebenso deuten die aus den einzelnen Bergwerksbezirken vorliegenden Berichte über die Stimmung der Bergarbeiter darauf hin, daß gerade in den wichtigsten Bergwerksbezirken wie Südwalles, Forest of Dean, Concaiser und Nottinghamshire die Bergarbeiter fest entschlossen sind, den achtstündigen Arbeitstag abzulehnen. Cool lag in einer Rede in Connaught, daß der Streik in den nächsten vierzehn Tagen gewonnen oder verloren werden würde. Wenn die Bergarbeiter sich einig der Regierung entgegenstellen, so würden sie gewinnen. Mit einer allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit, auf die die Bergwerksbesitzer hoffen, sei nicht zu rechnen.

Gestern wurden im Unterhause die ersten Zusatzanträge zum neuen Budget bekanntgegeben. Sie weisen 3.433 Millionen Pfund als Extraausgaben für die Bekämpfung des Generalstreiks und als Sonderausgaben für den Kohlenstreik aus. Die Ausgaben für den Generalstreik betragen 430.000 Pfund, während 3 Millionen Pfund für den Anlauf und die Einfuhr ausländischer Kohlen auf Konto des Kohlenstreiks gesetzt wurden.

M. Saarbrücken, 6. Juli.

Der von dem Sekretär der Bergarbeiterinternationale, Hodges, vorgeschlagene Weg zur Lösung der internationalen Kohlenstreik durch Verkürzung der Arbeitszeit im deutschen Bergbau und Angleichung der deutschen Arbeitsbedingungen an die englischen ist in einer vertraulichen Sitzung der Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes von den deutschen Bergarbeitervertretern abgelehnt worden. Die Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes erklärten, daß wegen der vollkommenen Verschiedenheit der geologischen, bergbautechnischen und allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Länder die englische und die deutsche Arbeitszeit nicht miteinander verglichen werden könne. Im übrigen sind die deutschen Arbeitervertreter der Auffassung, daß die Arbeitszeit im deutschen Bergbau nicht länger sei als die englische.

O. Bochum, 5. Juli.

Wie wir erfahren, tritt der ausführende Ausschuss der Bergarbeiterinternationale am 21. Juli in Paris zusammen, um die durch den Streik in England entstandene Lage zu besprechen und eventuell dadurch angelegte Maßnahmen zu treffen. Voraussichtlich werden an dieser Sitzung zum erstenmal amerikanische Bergarbeitervertreter als Gäste teilnehmen. Die neuerliche Einberufung des leitenden Ausschusses deutet darauf hin, daß man in Kreisen der Bergarbeiterinternationale noch mit einer längeren Dauer des Streiks in England rechnet.

König Alfons Ehrensdorff.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 6. Juli.

Dem König von Spanien wurde gestern der juristische Ehrensdorff der Universität Oxford verliehen. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß ein spanischer Lehrstuhl errichtet wird, und daß dieser nicht allein der Verbreitung der Kenntnis der spanischen Sprache und Literatur, sondern vor allen Dingen auch dem Studium der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in den Spanisch sprechenden Ländern der Welt dienen soll.

Die Republik und ihre Beamten.

Bilder aus dem Osten.

Von

einem hohen Verwaltungsbeamten.

Die Deutschnationalen stützen im ganzen Osten unseres Vaterlandes ihre Macht auf ihren Einfluß in der Beamenschaft der Republik. Gewiß sind nicht alle Beamte eingeschriebene oder gar aktive Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, aber der Druck ist so stark, daß auch Beamte, die den republikanischen Parteien angehören, ihre persönliche Überzeugung, also letzten Endes ihr Bekenntnis zum heutigen Staat, nicht immer offen und bei jeder Gelegenheit zu betonen wagen, um sich nicht den laienhaften Unannehmlichkeiten eines kleinlichen, gehässigen, in alle Winkel des Privatlebens greifenden Kampfes aussetzen zu müssen. Aber gerade das Auftreten der Beamten muß so sein, daß sie dem Staate, den sie vertreten und der sie bezahlt, Sympathie und Achtung erwerben. Ein Staatsanwalt der Republik als Führer des Stahlhelms besitzt keine werbende Kraft für die deutsche Republik. Charakteristisch sind die Verfassungsfeiern. Dabei ist von der Verfassung der Republik in der Regel sehr wenig die Rede. Könnte man sich einen Landrat vorstellen, der die Festrede zu Kaisers Geburtstag nicht selbst gehalten hätte? Und wieviel Landräte stellen sich heute in den Mittelpunkt der Verfassungsfeiern? Als Festredner werden mit Vorliebe Studierende gewählt, von denen die Bevölkerung weiß, daß sie schwarzweißrot eingestellt sind. Inhalt der Verfassungsfeier sind auch nicht die Verfassung, ihre Bedeutung, ihre Ziele. Inhalt einer solchen Verfassungsfeier ist irgendein durch Zeitumstände bestimmtes, mehr oder weniger abgelegenes Thema. Gewiß, die Befegung der zweiten und der dritten Zone erfüllt jedes deutsche Herz mit Bitterkeit. Man kann und soll die schmerzlichen Lasten jedem deutschen Volksgenossen immer wieder in das Herz prägen, besonders jenen Volksgenossen, die unter der Willkür der Sieger selbst nicht leiden. Aber muß mit diesen polemischen Vorträgen gerade die Verfassungsfeier ausschließlich ausgefüllt werden, ohne daß auch nur der leiseste Hinweis darauf gemacht wird, daß die deutsche Republik seit Wirth und Rathenau, in unendlich schweren Kämpfen, mit einer Geduld und Zähigkeit, die jeden augenblicklichen Rückschlag überwinden hat, deutsches Land und deutsche Menschen von der Willkür der Sieger mehr und mehr freigemacht hat?

Für den, der draußen in der Provinz zu arbeiten hat, ist diese Art von „Verfassungsfeiern“ symptomatisch und charakteristisch. Zu ihnen werden die Vertreter aller Erwerbsstände geladen. Wie soll diesen Erwerbsständen selbst das Vertrauen zum Staate aufkommen, die Freude an der deutschen Republik und ihren Erfolgen groß werden, wenn selbst bei den offiziellen Feiern Republik und Weimarer Verfassung wie heiße Eisen gemieden werden, von denen zu sprechen mißlich ist? Der Landrat ist in seinem Kreise der erste Vertreter der Staatsautorität. Wenn er tatsächlich durch sein eigenes Verhalten die Staatsautorität mindert, so haben jene freiesten Spielraum, die sich in den ödesten und freiesten Beschränkungen des neuen Staates ergreifen, um eigene Sünden in ein wohlthätiges Dunkel zu rücken. Wer draußen in der Provinz zu arbeiten gewohnt ist, merkt es auf Schritt und Tritt, wie unendlich unwahrscheinlich das Klagenfeld von der Leberdemonstration der Verwaltung ist. Von den 400 preußischen Landräten gehören wohl noch dreiviertel der alten Schule an; sie sind verrippt und verschwächt mit dem Großgrundbesitz und stehen in täglichem, oft demonstrativ betontem Verkehr mit den Clementen, für die die Republik ein rotes Tuch ist, und denen keine Ermäßigung des preußischen Innenministers so fräftig sein kann.

Dieser Einfluß der Deutschnationalen Volkspartei auf den Beamtenstand wird durch andere Mittel ergänzt. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Dieses verhängnisvolle Wort, das so vielfach angewandt wird, ist gerade das, was die Einheit der deutschen Nation in den Ostprovinzen tatsächlich aufhebt. Der gesellschaftliche Boykott ist eines der Mittel, Mißliebige dazu zu treiben, den Staub des ungastlichen Landes von den Schuhen zu schütteln. Der Landbund selbst setzt seinen ganzen wirtschaftlichen Einfluß ein, um selbständige Handwerker und Gewerbetreibende unter sein Parteiregime zu bekommen. Der Terror ist unermeßlich. Wir sind Fälle bekannt, wo Sattlermeister, Klempner, Schmiede wirtschaftlich vernichtet wurden, weil sie sich den Wutstößen einer politischen Überzeugung gestollt haben. Vielfach wendet den wirtschaftlichen Boykott nur die Zugehörigkeit zu einer Rechtsorganisation, besonders zum Stahlhelm ab, über dessen „soziale“ Tätigkeit das „Berliner Tageblatt“ durchaus zutreffende Angaben gemacht hat. Es ist richtig, daß der Stahlhelm heute auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten des Ostens eine Zwangsorganisation für Gewerbetreibende und Arbeiter ist. Mag sein, daß die Landarbeitergewerkschaften nicht immer richtig operiert haben, daß sie sich gegen die von den Kommunisten entfachte Streitlust nicht in jedem einzelnen Falle die Autorität gewahrt haben: Tatsache ist jedenfalls, daß heute ärmlichste Landarbeiter im Osten massenhaft dem Stahlhelm angehören, wenigstens nach außen hin angehören. In den Überläufern der demokratischen Parteien suchen Stahlhelm und Landbund ihre Epigelen und wissen genau, daß Renegaten diese Schützlinge zu gefügigen Werkzeugen für sie macht. Wird dem preussischen Minister des Innern von seinen Landräten überhaupt über die politische Tätigkeit des Landbundes berichtet, der unter wirtschaftlichem Bedmantel auch rein politische Ziele verfolgt?

Es fällt doch gerade hier, wo man daran denkt, daß diese Dinge

Der Horizont und die Horizontchen.
Fürstenabfindung, Staatspolitik und Privateigentum.

In dem soeben erscheinenden ersten Juli-Heft der demokratischen Wochenchrift 'Die Hilfe' macht die Reichstagsabgeordnete Dr. Gertrud Bäumer in einem Artikel 'Der Horizont und die Horizontchen' bemerkenswerte Ausführungen über Fürstenabfindung, Volkseigentum und Privateigentum. Sie schreibt:

Die Betrachtung in die wirtschaftlich-gesellschaftliche Betrachtung war auch das Verhängnis des Fürstenabfindungsgelezes. Allerdings — wie in vielen dieser Fragen — in erster Linie durch Schuld der Sozialdemokratie, die diese Frage in einer Form zur Entscheidung brachte, in der sie beinahe mehr als sozialistische, denn als republikanische erschien. Doch aber in der Stellung der bürgerlichen Kreise diese Frage als eine reine Eigentumsfrage behandelt wurde, ist eines der stärksten Beispiele der Verflüchtigung staatspolitischer Angelegenheiten, das diese Gegenteile (worauf ja auch oft hingewiesen ist) der staatsmännlichen Betrachtung, die etwa Bismard auf solche Dinge angewendet hat. Es ist doch erstaunlich, daß sogar der Reichspräsident in seinem Brief an den demokratischen Parteivorstand die Frage nur in diesem Licht sieht, und in Zusammenhänge hineinzieht, die sie — ja, man kann es nicht anders ausdrücken: verbürgerlichen. Von Jugend an habe ich unüberwindlich das Privateigentum und die Erwerbung des wirtschaftlich-individuellen Interesses nicht nur als eine der unerlässlichen Grundlagen des Staates, sondern auch als die Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens überhaupt verstanden. Ja, was hat das mit dieser politischen Frage zu tun? Worin Bismard auf, Anhänger des Privateigentums zu sein, als der Fürsten entgegne! Ich persönlich bin Gegner des sozialdemokratischen Gesetzesvorschlages, aber aus staatspolitischen Gründen, die sich dabei doch wohl Gott auch anführen lassen. Und mir scheint es — auch in der Argumentation, die andere, ausgetragene bürgerliche Kreise ganz einseitig in diese Frage hineingetragen haben — ein politisches Armutszeugnis sondergleichen für das Bürgertum, diese Frage nur unter dem Gesichtswinkel des Privateigentums erörtern und entscheiden zu haben.

Und hier liegt die Lebensfrage unserer Partei. Sie wird ihren eigentlichen Grundlagen nach immer so hart oder so schwach sein, als das sogenannte liberale Bürgertum politisch oder als es nur gesellschaftlich oder nur privatwirtschaftlich zu denken vermag. Die demokratische Partei steht auf dem Boden des Privateigentums, gewiß, aber sie soll sich doch nicht einbilden, daß das schon ein wirtschaftliches oder gar, daß das ein politisches Programm sei. Eine Partei, die sich das einbilden würde, ließe sich damit den politischen Horizonten aller Sorten von Privatinteressen aus, und das Antisozialismus ihrer politischen Aufgabe dürfte sie schließlich zu der traurigen Erklärung führen, daß nicht sowohl, das Privateigentum eine der unerlässlichen Grundlagen des Staates, sondern auch, daß ein in sich gefestigter Staat auch die unerlässliche Grundlage des Privateigentums ist.

Dr. Gertrud Bäumer schließt mit den Worten: 'Und wenn ich diese Kreise nur von hier aus politische Fragen zu sehen vermöge, so läßt sich auch von hier aus erkennen, daß immer noch die absolut konsequente, unerschütterliche Befestigung des neuen Staates die politische Kernaufgabe ist, und daß jede Forderung der republikanischen Geschlossenheit ein Vergehen gegen die Grundlagen unseres politischen und wirtschaftlichen Daseins ist.'

Weimarer Nachklänge.

Dinter-Scandal im Landtag. — Im Stich gelassene Festfleischnehmer. (Telegramm unseres Korrespondenten)

Weimar, 6. Juni. Die fast allgemein große Erregung über das standlose Auftreten der Nationalsozialisten in Weimar machte sich gestern im Landtag bemerkbar. Der Vertreter des Deutschen Bauernbundes, Abgeordneter Kühn, fragte die Regierung, wie sie eintrifft die Beamten und Staatsbürger vor solchen politischen Extrazugriffen schützen wolle. Eine große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion verlangt ein Verbot derartiger Ver-

die Wohnungen von Menschen gelangen sollen, ganz besonders auf, wie kümmerlich und trübe doch die vielen Häuser sind, wie wenig Verhalt in Lebensfreude und Lebensgenuss.

Unter den Absichten der Kunstgemeinschaft ist eine zu loben. Man will durch eine Vortragsstellung Aufträge zu erlangen suchen. Besonders denkt man dabei nicht an das landesübliche Delbit, das einmal richtig in eine bürgerliche Wohnung paßt. Das künstlerische Delbit, das mit der Photographie konfundieren könnte, kann nur das Kleinporträt oder das graphische sein, wie es in der Wiederherstellung gepflegt wurde. Das Delbitum — und nicht nur dieses Delbit — wird können, wie viel lebendiger, interessanter und besser diese Arten des Portraits sind als die, die es als die einzige Form, Eingehen für auf das dringende von dem geplanten Austausch übertraten. Dies ist der typische Fall des Aufstrebenden, ein sozusagen literarischer Einfall, von der menschlichen Schönheit der Ober her. Bei der Abicht, den Austausch Berlin-Wien ins Werk zu setzen, spielt doch das Politische mit, mit dem wir ja alle sympathisieren. Praktisch kommt dieser Austausch darauf hinaus, wie die Erfahrung der früheren Kunstausstellungen gezeigt hat, daß hin und her gefahren wird, was man genau so an Ort und Stelle im Hause entfernt. Den einzigen Vorteil hat die Expedition. Austausch hat Sinn nur für die Spitzenleistungen.

Coué's Begräbnis. Emil Coué wurde gestern, wie unser Korrespondent meldet, in Nancy begraben. Seine Bestattung ist einfach und ohne Feierlichkeit gewesen, wie sein ganzes Leben. Nur eine gewaltige Menge von Kranzen bewies die dankbare Verehrung der vielen Deutschen, die Coué in der ganzen Welt gefunden hatte. Besonders viele Blumenpenden waren von Amerikanern und Schwedinnen gesandt worden, aber auch aus Deutschland waren Blumen gekommen. Dinter von Tage Coués schrieben drei seiner Schüler, der Dierck Maillard, der Doktor Javel und Herr Pierson de Brody.

Das Drama der 'Garçonne'. Victor Marguerite hat, wie unser Korrespondent aus Paris meldet, seinen Roman 'La Garçonne' selbst für die Bühne bearbeitet. Das Stück kommt heute im Théâtre de Paris zur Aufführung und wird, wenn nach seinem Eindruck der 'Schneiderprobe' beurteilt werden darf, ein großes Geschäft werden.

Ein Lehmann erhebt zu ihrem 60. Geburtstag neben vielen anderen Telegrammen auch Glückwünsche von Oberbürgermeister Bach und von L. G. Marsch. Dem Präsidenten der Hochschule von München. Marsch schrieb der Künstlerin: 'Sie haben durch die vollendete Darstellung volkstümlicher Mädchen- und Frauen gestalten um die moderne Bühnenkunst zu große Verdienste erworben, daß Sie es mir gestattet werden. Ihnen meine aufrichtigsten Wünsche für Ihr weiteres Schaffen darzubringen.'

Alte Mitteilungen. Reinhold Marx wurde an die kleine Kunstbühne Alt-Bayern verpfändet, wo er allabendlich Zeichnungen von Weibchen, Christian Morgenstern, Heine und Herr spricht.

ankunften. Dinter scheute sich nicht, auszusprechen, daß der Schuh auf den Polizeibeamten von einem Kommunisten abgegeben worden sei. Das war das Signal zu einem ungeheuren Lärm, der jeden Augenblick in Lärmlichkeiten auszuarten drohte. Dinter wurde ein Tintenlöscher entgegengehalten. Heute letzte sich die Erregung fort. Dinter verlor eine Erklärung, in der es hieß, daß die Verwirrung gegen die Nationalsozialisten unrichtig seien; die Täter seien vielmehr die Marxisten gewesen, die die Nationalsozialisten provoziert hätten. Sofort war der Stand fertig. Ihm schlugen Rufe entgegen wie: 'Verbrecher, Lump, Gefühls!'. So daß mehrere Ordnungsrufe erteilt wurden. Der Tumult steigerte sich derart, daß der Präsident sich gegen 12 Uhr genötigt sah, die Sitzung aufzuheben.

Noch heute sitzen in Weimar Teilnehmer vom Parteitag der Nationalsozialisten fest, die nicht weiterkommen. Die Leute sind zum Teil mit Hilfe der Parteiführer nach Weimar gebracht worden, und jetzt will sich die Partei nicht mehr um sie kümmern. Die Nachzügler sind in einem Hof in Hofenquartieren untergebracht, wo sie unter polizeilicher Bedeckung stehen. Ein Trupp Teilnehmer aus Berlin ist gestern zu Fuß abmarschiert. Die Leute haben vielfach zwei Tage nichts zu essen bekommen.

Noch einmal die Flaggentafel.

Erklärung des Verlages von Meyers Konversationslexikon.

Wir hatten fälschlich darauf hingewiesen, daß fälschlicherweise in der neuen Auflage des Meyerschen Konversationslexikons auf der Flaggentafel, die die Flaggen aller Länder enthält, für Deutschland war die alte schwarz-weiße, aber nicht die neuen Flaggen der Republik verzeichnet sind. Tagungen waren, wie wir ebenfalls mitteilten, in dem vorangehenden Bande unter 'Deutsche Flaggen' die heutigen Flaggen dargestellt. Der Verlag, das Bibliographische Institut in Leipzig, bittet uns jetzt, mitzuteilen, daß ihm jede Abneigung gegen die Reichsfarben fernliegt. In dem Schreiben heißt es weiter:

Der Fehler, der sich über die neuen Verhältnisse im Deutschen Reich unterrichten und die deutsche Flagge finden will, wird zweifellos zunächst unter dem Stichwort 'Deutsches Reich' finden, wo ihm jede nur mögliche und völlig zeitgemäße Auskunft (bezüglich Flaggen siehe Spalte 699, Zeile 27) zum Verweil auf 'Deutsche Flaggen' zuteil wird. Unter dieser selbstverständlichen Voraussetzung hat die Verlags-Redaktion sich zu der vorliegenden Anordnung entschlossen. Der oben erwähnte Hinweis und die Unterschrift unter den drei alten deutschen Flaggen: 'Alte Kriegsflagge', 'alte Handelsflagge' und 'alte Amtsflagge' wurden dabei allerdings für ausreichend gehalten, um dem Benutzer des Lexikons den richtigen Weg zu weisen und den Verdacht politischer Parteilichkeit abzuwenden. Meyers Verstoß ist von jeher und in jeder Beziehung, vor allem aber in politischer, unparteilich gewesen. Wie ernst es uns mit dem Bestreben ist, diese Unparteilichkeit auch in der neuen Auflage durchzuführen, wollen wir damit beweisen, daß wir eine neue Flaggentafel schaffen, die jede Mißdeutung ausschließt.

Politische Tageschau.

* Die Reichsregierung hat am 5. Juli beschlossen, den Reichsanwalt a. D. Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn als Nachfolger des verstorbenen Geheimrats Arnhold zu ernennen.

* Reichswehrminister Dr. Gehrke ist von seinem Krankheitsurlaub zurückgekehrt und hat heute die Führung seiner Amtsgeschäfte wieder übernommen.

* Der preussische Finanzminister hat, wie wir hören, gegen den verantwortlichen Redakteur des völkischen 'Deutschen Tageblatts' wegen 'verleumderischer Verleumdung des Ministerialrats' Schönbek von preussischen Finanzministerium Strafantrag gestellt. Das völkische Organ hatte in einem Artikel, für den es einstimmig genannt 'Mitglied der völkischen Reichstagsfraktion' die Verantwortung überließ, dem Ministerialrat Schönbek vorgeworfen, er habe sich aus dem Hohenzollern-Vermögen bereichert.

* Kritiker und Künstler. Der Verband deutscher Künstler hat verurteilt, den Streitfall zwischen dem Bildhauer de Fiori und dem Kunstkritiker Carl Einstein, bei dem de Fiori auf Grund einer durchsachlich gehaltenen Kritik in seiner 'Ankündigung' des 20. Jahrestages 'lässlich' angriff, durch eine außergerichtliche Erklärung beizulegen. Er hat in dieser Absicht Herrn de Fiori nahegelegt, unter grundsätzlicher Anerkennung seines Unrechts, den Angeklagten um Entschuldigung zu bitten. Herr de Fiori hat sich geweigert, ein Wort der Entschuldigung zu sprechen und grundsätzlich das Recht auf handgreifliche Ausübung künstlerischer Meinungsäußerung verurteilt. Da über diesen Standpunkt nicht zu verhandeln ist, hat der Verband deutscher Künstler seinen Verzicht aufgegeben. Es werden nunmehr die Gerichte zu entscheiden haben.

* Eberts und Hindenburgs Bälle für den Reichstag. In der kommenden Woche findet, wie wir hören, in Berlin eine Sitzung statt, in der über die Art der Ausfertigung und Aufstellung der Bälle von Ebert und Hindenburg im Kuppelsaal des Reichstags beschlossen werden soll. Zu dieser Sitzung hat Professor Bernhard Bleeder in München, der die Ebert-Bälle modelliert, und Professor Edwin Schacht in Berlin, der den Auftrag erhielt, die Hindenburg-Bälle zu schaffen, eingeladen worden. Die Bälle der beiden ersten Reichspräsidenten werden, wie es heißt, in Stein ausgeführt werden.

XX. 'Die kleine Reierin' hat im Renaissance-theater nun schon fünfundsiebzigmal ihr Magazin mit dem Text von Marceline Schiffer und der Musik von Paul Straßer aufgeschlagen. Es ist und bleibt einer der amüsantesten Abende, die wir erlebt haben, die lustigste Grimaße ins Gesicht der Zeit, mit einer Freudigkeit der Darsteller zur Schau gebracht, die sich nicht überbieten läßt. Dierck Maillard, Reinhold Stedel, Kurt v. Wolowitsch, Else Geyer, Margot Vin, Stefania Aralowa, die ganze Schaar blüht und weht. Ein Abend, dem man am nächsten Tage nicht nachträgt, warum man gelacht hat, denn man lacht noch.

* Der schändliche Gräueltat. Die Geminnisse für ein fahrgemähe Verdonkungen der geliebten Zuhörerin Madonna von Grinnem Staatspräsident a. D. Dr. Gierke und Dr. Schönermann für eine kleine Erleichterung der Angelegenheit eingeleitet. Nun hat der Kronenstiftungsrat von Zuhörern beschlossen, wegen der Rettung der in Verbindung zu treten. Die sehr umfangreiche und kostspielige Wiederherstellung soll vom Staat übernommen werden.

* Die Münchner Kammerpiele als Kino. Nach einer Mitteilung der Münchner Lichtdruck A.G. (Gefell) übernimmt diese am 1. September nachweislich die Räume der Münchner Kammerpiele, um sie zu einem Lichtspieltheater umzugestalten. Mit diesen neuen Lichtspielen erhält München innerhalb weniger Monate bereits das zweite große Kino, da erst vor kurzem das 'Capitol' eröffnet wurde.

* Neue Dramen. Cho Zoff hat ein neues Schauspiel 'Vezila' nach Motiven von Gertrude zu der Regie-Musik von Karl Maria v. Weber geschrieben.

Mag Bahr.

„Eines deutschen Bürgers Arbeit.“

Wenn man in zukünftigen Zeiten die Geschichte unserer Tage schreibt, so wird dieses Buch eine Fundgrube für den Historiker sein. In ihm ist dargestellt das schlichte Leben eines klugen Kaufmanns, der, in den kleinen bürgerlichen Verhältnissen einer preussischen Provinzstadt — Randsberg an der Warthe — wurzelt, durch Tüchtigkeit, durch Fleiß, durch Weltklugheit sich zu Wohlstand und Ansehen in einem langen Leben emporarbeitet; der fern von allen Utopien und fern von allen engherzigen Egoismen seine eigene Existenz und die seiner Familie aufbaut, und der Zeit und Kraft und materielle Mittel zur Verfügung stellt, um in der Stadt seiner Unfähigkeit Gutes in großartiger Weise zu wirken; der die Welt kennen lernt, ferne Erdteile, Amerika und Indien, der in den Reichstag gelangt; der wertvolle politische Freundschaften schließt, und der nun in ehrwürdigem Alter mit Sachkenntnis und mit Geschmack, ohne jede Heberbeugung und doch mit jener Sicherheit und Klarheit, die aus Umficht und Lebenserfahrung sich ergibt, den Seinen und seinem Volk das erzählt, was ihm als wichtig und überlebenswert erscheint.

Daß dem Kaufmann dabei vor allem volkswirtschaftliche Probleme in vorröster Reihe stehen, ist natürlich; aber die volkswirtschaftlichen Probleme sind nicht losgelöst von den moralischen Problemen des Lebens. Gewiß muß man im Rahmen unserer heutigen wirtschaftlichen Struktur billiger einkaufen und teurer verkaufen; doch ist es schließlich nur die Ehrlichkeit und Solidität, die zu gesundem Aufstieg führt, ohne verheerende Rückschläge; die ein Geschäft emporführt, wie eine Kultur aufgebaut wird, und ein gesundes Staatswesen; das eine in Jahrzehnten, das andere in Jahrhunderten; Schritt für Schritt, nicht immer im Sonnenchein, doch immer auf einer festen, gefunden, tragfähigen Grundlage, die auch Stürmen standhält.

Dieses Leben von Mar Bahr ist ein Widerpiel preussischer Geschichte; der allmählich große und mächtige preussische Organismus auf seine Einzelteile, auf das strebende, besonnene, arbeitsame Individuum zurückgeführt; klug und zäh; wohl wissend, was der Egoismus in gefunden, unentbehrlichem Ausmaß und was die Hingabe an die Allgemeinheit fordern dürfen. Das starke Individuum, das in Hunderttausenden und Millionen von Exemplaren dann den starken Staat schafft und trägt; ganz unentbehrlich dem gefunden, modernen Reich unserer Zeit.

Mar Bahr ist der Typus dieses überaus wertvollen und sympathischen Menschen unserer Tage; insonderheit des deutschen Menschen, voll Bildung und Bildungsbewußtsein, der so viel Wichtigkeit mit den Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika hat. Vielleicht ist der Deutsche vorstichtiger im Vorwärtsschreiten auf dem realen Boden dieser Welt und dafür fühner und losgelöster von der Vergangenheit bei der Betrachtung alles dessen, was jenseits der realen Erkenntnis liegt, und losgelöster auch von den überkommenen, abgegrenzten Religionen.

Mit der Individualität, die Bahr darstellt, konnte er nur Demokrat sein; er war es auch in parteimäßigem Sinne; zunächst als Freireiniger; dann nach der Revolution als Mitglied und Vertreter der demokratischen Partei; ein einzelner von Bedeutung und ein Typus von hohem Wert für den Staat.

Wenn man dieses Leben voll Klugheit und Tüchtigkeit betrachtet, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieser Menschen-schlag in Deutschland keineswegs zu den ganz seltenen Exemplaren gehört, so fragt man sich: Und dieses Bürgertum war politisch machtlos unter dem ersten Bismard! Das mag noch begreiflich sein; denn Bismard war ein genialer Titan, der jedes selbstständige politische Leben, das sich ihm entgegenstellte, vernichtete. Aber dieses Bürgertum war auch machtlos unter Wilhelm II. zum Verderben des Staates, und Wilhelm II. war nichts als eine gekrönte, lärmende Nullität. Hier zeigt sich, mit welchem Preise das deutsche Volk die Zeit der Bismardschen Enthaltsamkeit hat bezahlen müssen.

Das Bürgertum wurde entwöhnt von tatkräftiger Anteilnahme an der Politik, die Politik blieb das Geschäft der Bureaucratie, der Minister, des Monarchen und der egoistisch interessierten Bevölkerungsschicht, vor allem des Junkertums, der Großgrundbesitzer, der Schlotbarone. Das Bürgertum wirtschaftete fleißig und klug, und überließ es im wesentlichen den Arbeitermassen, auch moderne Staatsinteressen in diesem halb oder dreiviertel absolutistisch-feudal regierten Reich zu vertreten. Diese politische Abstinenz oder doch dieser politische Indifferentismus hat sich dann schwer an Deutschland gerätet.

Nur ein kleiner, immer enger werdender Kreis vertrat noch nachdrücklich die Lebensbedingungen des bestehenden, modernen europäischen Reiches; die immer mehr zusammenfassenden Freireinigen und Demokraten. Zu ihnen gehörte Mar Bahr; er war nicht nur der solide, kluge, deutsche Kaufmann; er fühlte sich zugleich als Staatsbürger; er vergaß nicht und niemals, was er dem Staate schuldig war; er ging in den Reichstag, nicht weil er auf den politischen Kommerzialisat Wert legte, sondern um zu wirken; er paßte sich nicht ausschließlich ein in die notwendigen Kalkulationen seines Fabrikbetriebes; er behielt auch Zeit und hingebendes Interesse für die Notwendigkeiten des öffentlichen Lebens übrig; er, ein einzelner, während die Laufende und Hundertlaufende vergaßen; bis dann mit diesen fürsichtigen Klugen auch der Staat selbst vergaß.

Das Buch von Mar Bahr predigt nicht und ist doch ein Erziehungsbuch, das zeigt, wie ein tüchtiger Mann das Leben meistert, sich zum Ruhm und dem engeren Gemeinwesen und dem Vaterland. Viele sollten es lesen und viele die jungen und keineswegs lehrhaft vorgetragenen Lehren auf sich wirken lassen.

*) Berlin 1926. F. A. Herbig.

Vom Sauerer Lager. Der Restbestand des im Zusammenhang mit dem Kuttler-Prozess viel beredeten Sauerer Lagers hat zu einer neuen, allerdings nur kleinen, unzureichenden Heberachtung für die Staatsbank geführt. Der Restbestand ist an eine französische Firma verkauft worden, die ihren Wechselverpflichtungen nicht nachkommen konnte. Wie uns die preussische Staatsbank auf Anfragen mitteilt, handelt es sich aber nur um eine relativ geringfügige Summe, die noch nicht eingegangen ist. Das Sauerer Lager ist feinerzeit der Industrieversicherungsgesellschaft zur Verwertung übertragen worden, die im Jahre 1925 die am leichtesten veräußerlichen Objekte selbst an den Mann brachte und den Restbestand an die erwähnte französische Aktiengesellschaft Ende 1925 verkauft hat. Es wurden 80 000 Mark bar bezahlt und für 140 000 Mark Wechsel gegeben, die jetzt nicht eingelöst wurden.

Gotteslästerung.

Ein fiesler Projekt.

G. T. Der Führer der Allerradikalsten Jugend ist wegen Gotteslästerung angeklagt. Er erscheint mit seinen Jüngern in Stenographen, gilt als 1894 geboren, ist aber neunzehn oder zwanzig Jahre alt, ganz hat jene ungehobenen Hände, die man durchdringt nennt, und eine schwarze Plattertrawatte. Er lehnte den anliegenden Vorfinden als befangen ab; der Antrag ging nicht durch, und er dehnt ihn nun auf alle Richter aus: „Wenn ich die Firma Stinnes beleidige, kann kein Profurist von Stinnes über mich urteilen. Sie aber sind Profuristen der Kirche, die ich beleidige, also befangen.“ Aber die Profuristen des lieben Gottes, die auf juristisch, Ghes gegenüber sei man besonders objektiv, und verlesen den lästerlichen Artikel.

Ein rheinischer Priester wurde in einem Freudenhause verurteilt. Ueber die Nachricht leitartitels der Radikale mit einem Drittel schlicht, einem Drittel Plante und einem Drittel Schlagworten, wirft der katholischen Kirche Erziehung zu Betrug, Feindschaft und Verhätlichkeit vor.

Der Staatsanwalt beantragt deshalb sechs Monate Gefängnis.

Der Angeklagte erhebt sich zu einem längeren Vortrag: „Ich stehe meinen Klassenfeinden. Ich habe die Volksschule besucht, die Kadettenkaserne, bin Schauspieler geworden und seit 1918 unermüdlich politischer Verbrecher.“ Und nun beginnt seine ausführliche Verheerung, die man Weltanschauung nennt, unter anderem: „Ich werfe der Kirche fittliche Verfehlungen vor, aber es gibt keine fittlichen Verfehlungen, denn von meinem Standpunkt ist alles fittlich, zwei freie Menschen tun“, woraus man sieht, daß auch eine geschäftliche Weltanschauung nicht leicht zu handhaben ist und endet: „Die Richter, die der Kirche angehören sind befangen als Mißbilligende, die, die der Kirche nicht angehören, sind befangen, als Billigende, gibt keine Unbefangenheit.“

Richter: Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie freigesprochen werden?

Angeklagter: Es ist mir gleich, bestraft zu werden gilt als Ehre.“ Er sagt lächelnd: „Ich lebe in einer anderen Welt“, und sein Stenograph sich niederbeugt und es mitfährt.

So sind diese modernen Christusse, sie gehen nach Golgatha, sie mobilisieren die Presse durch Rundschreiben, vor und nach mit Namensnennung davon Notiz zu nehmen, sie lassen sich zeigen, aber der Stenograph muß es für die Nachwelt aufzeichnen.

Das Urteil will ihm klarmachen, daß eine Beschimpfung der Kirche vorliege, er sei keinesfalls ungerichtet sei und die Richter verurteilt, die befehlenden Einrichtungen zu schützen. Deshalb drei Monate Gefängnis.

Nehmen Sie das Urteil an?

Die Schatz prachvoller Jugend lautet:

Der Führer sagt tapfer und ohne Besinnen: „Ne.“

Weshalb merkwürdige Verquickung von Gütlichkeit und Märtyrertum, das manchmal nichts anderes scheint als ein besonderer Zweig des Kellams. Aber Gläubige werden gefangen.

Ein Mord nach sieben Jahren aufgeklärt.

Durch eine Ehescheidungsfrage.

In einer Ehescheidungsfrage erhob die Ehefrau Schwarz gegen den 29 Jahre alten Mann, den Ruchter Robert Schwarz, aus Paul-Singer-Straße zu Reudnitz schwere Unzulänglichkeiten gegen ihn als Mörder des Arbeiters Hieslow aus umhulenwege. Hieron erhielt die Berliner Kriminalpolizei Kenntnis, die dann den schwer beschuldigten Schwarz in Haft nahm. Hieslow wurde ihm die ihm zur Last gelegte Tat und bezeugte die Angaben seiner Frau als Radeast.

Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß im Jahre 1919 der Arbeiter Hieslow beim Treten seines Laubendaches plötzlich von der Leiter fiel und dabei tödlich verunglückte. Die Versicherung nahm damals den Tatbestand auf und gab die Leiche zur Beerdigung frei, da ein Verbrechen nach den Angaben der Zeugen nicht in Frage kam. Der Tote hatte am Kopf eine schwere Schädelverletzung, die er sich bei dem Fall zugezogen haben mußte. Nach der Verhaftung des Schwarz wurde fest festgestellt, daß Hieslow kurz vor seinem Tode mit seiner Ehefrau sehr heftig Streitigkeiten hatte. Daraufhin wurden die Witwe Schwarz und deren Sohn Franz aus der Rangen Straße 49 einem gerichtlichen Verhör auf dem Polizeipräsidium unterzogen. Die beiden verweigerten sich bei ihren Angaben in Widersprüche, und schließlich gestand die Frau, daß die beiden Männer ihren Gemann, den sie in Unfrieden lebte, ermordet hatten. Zur Ausübung der Tat benutzten die beiden Männer ein Revolver, den der Schwarz gegen den Hieslow verheimlichte. Die Kugel drang in den Kopf des Getroffenen und führte den sofortigen Tod herbei. Bei dem Sturz von der Leiter war dann der Kopf des Toten aufgeschlagen, so daß die Verletzung nicht mehr recht zu erkennen war. Da die Leiche zur Obduktion gebracht wurde, wurde damals das schwere Verbrechen nicht aufgedeckt und das Ganze als Unfallsfall angesehen. Die beiden Täter sind auf Grund des Beweismaterials nunmehr geständig und sind zusammen mit der Frau des Hieslow, die die Anklage beschuldigt wird, dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der Reichspräsident hat dem Vertreter des beurlaubten Oberbürgermeisters von Berlin, Bürgermeister Scholz, seine herzlichste Teilnahme anlässlich des Wollersdorfer Unglücks ausgesprochen und ihn gebeten, den Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Berliner Mitbürger sein Beileid sowie den Verletzten seine besten Wünsche für baldige Genesung auszusprechen.

Bei Sensheim ging ein verheerender Wollendruck nieder, der die Straßen völlig überschwemmte. Die Bewohner der anliegenden Häuser mußten zum Teil unter großen Schwierigkeiten gerettet werden. Die Straßen sind vollständig aufgewühlt und müssen zum Teil neu hergerichtet werden, die Felder sind verwüstet, das Heu ist fortgespült. In Rangenau bei Elm tobte ein schweres Gewitter. — In Westerbied wollte ein Bauer Heu holen und suchte vor dem Wetter Schutz unter dem Wagen. Der Blitz fuhr in den Wagen und zündete. Der Bauer wurde stark verbrannt, ebenso sein 15 Jahre altes Töchterchen. Zwei andere Kinder wurden getötet.

L. Basel, 6. Juli.

Auch die Schweiz ist durch anhaltende Gewitter und Wollendruck schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Fremdenindustrie leidet stark unter den fortgesetzten Regenfällen, da die Fremden ihren Aufenthalt vorzeitig abbrechen. In den Hochalpen fällt viel Neuschnee, der bis in die Pachtstraßen hinunterreicht. Vieles ist die Obstternte schwer gefährdet.

Der Ranton Naab ist am Sonntagabend von einem schweren Gewitter mit Hagelschlag heimgesucht worden, der besonders den Neben großen Schaden angerichtet hat. Vieles ist das Wasser in die Häuser eingedrungen. Durch Erdstöße sind einige Straßen und Bahnhöfe unpassierbar geworden.

Neues Eisenbahnunglück in Frankreich.

An der schweizerischen Grenze.

Paris, 6. Juli. (W. L. B.)

Auf dem Bahnhof von Annemasse sind vorgestern Abend die beiden Wagen eines nach Genf fahrenden Zuges von einem in den Bahnhof einfahrenden Zug gerammt worden. Dabei wurden an zehn Personen zum Teil schwer verletzt.

Antunft der Weltreisenden in Shimonoseki

An Bord des Dampfers nach Amerika.

Don (Nachdruck verboten.)

Edward S. Evans.

(Copyright 1926 „Berliner Tageblatt“ für Deutschland und North American Newspaper Alliance.)

Shimonoseki, 3. Juli.

Wells und ich sind gestern Abend um 6 1/2 Uhr hier angekommen, und wir fahren mit der Bahn nach Yokohama, wo wir heute Abend um zehn Minuten vor acht anzuankommen hoffen. Wir werden dann an Bord des transatlantischen Dampfers „Empress of Asia“ gehen, der zehn Minuten später nach den Vereinigten Staaten abgeht. Wir kamen gestern um 10 Uhr in Fusan an und fuhrten eine halbe Stunde später mit dem Dampfer nach Shimonoseki. Ich freue mich, in unserem Reford verzeihen zu können, daß wir am sechzigsten Tage unseres Rennens immer noch unseren Zeitplan einhalten, und wenn wir Yokohama morgen erreichen, werden wir dort Meers Zeit um sieben Tage übertrieben haben. Zum ersten Male während dieser Reise haben Wells und ich uns bei unserer Kreise von Charbin getrennt. Als wir dort ankamen, fanden wir, daß Tschangtollin, der mandchurische „Warlord“, uns ein einfaches Flugzeug geschickt hatte, um uns weiterzuhelfen. Da wir uns augenblicklich nicht beide hineinquetschen konnten,

besprachen wir den Fall, und wir kamen zu dem Ergebnis, daß, da der Reford die Hauptlast sei, ich das Flugzeug nehmen und die 420 Meilen nach Mukden fliegen sollte, während Wells einen Sonderzug, der von der chinesischen Ostbahn gestellt wurde, für die Reise nach Jintun benutzte, wo er einen anderen Zug erreichen konnte, der ihn wohlbehalten nach Mukden brachte, wo wir uns dann wieder trafen.

In Mukden sammelte sich eine große Menschenmenge mit mir an der Station, um die Ankunft des Sonderzuges mit Wells zu erwarten. Eine Menge Photographen nahm uns aufs Korn, und wir waren angenehm überrascht, als die mandchurischen Eisenbahnbeamten uns ein großes Blumenbuket überreichten. Die Eisenbahnbehörden der Mukden-Fusan-Bahn, die sich ganz und gar in den Geist unserer abenteuerlichen Fahrt hineinversetzten, beschloßen, ihrerseits den Reford für die Reise zu bedanken und dieselbe in 24 Stunden anstatt der normalen 31 durchzuführen. Es gelang ihnen. Der schlimmste Teil unserer Reise ist nun vorüber, und wenn wir, wie wir erwarten dürfen, die „Empress of Asia“ in Yokohama erreichen, wird der Erfolg unseres Rennens gesichert sein, von unvorhergesehenen Zwischenfällen während unseres Fluges durch die Vereinigten Staaten von Seattle nach New-York abgesehen. Wie die Dinge augenblicklich stehen, hoffen wir, Meers Reford um acht Tage oder mehr zu schlagen.

Das Unwetter über Berlin.

Die Wirkung der Wollenbrüche.

Die Feuerwehre in 300 Fällen zu Hilfe gerufen.

Die gewaltigen Regennengen, die im Laufe des gestrigen Tages über Berlin und die Vororte niedergegangen sind, haben überall großen Schaden angerichtet. Die Berliner Feuerwehre wurde in über 300 Fällen zu Hilfeleistungen herangezogen und mußte sich schließlich darauf beschränken, nur noch in Fällen dringender Gefahr einzuschreiten. Der Bahnhof in Wannsee war durch die Wassermengen vollständig überschwemmt. Dazu kam, daß in unmittelbarer Nähe durch den starken Druck ein Wasserrohr brach, und die ganze Gegend überschwemmte. Weitere Wasserrohrbrüche wurden aus der Petersburger und Artilleriestraße gemeldet. Besonders hart betroffen wurden die Häuser am Prager Platz und in den angrenzenden Straßen in Wilmersdorf. Überall war das Wasser in die Kellerräume eingedrungen und stand teilweise bis zu einem Meter hoch. In Nichtenstraße war die Wollendruckstraße vollständig überschwemmt. Auch in Treptow sind große Überschwemmungen zu verzeichnen gewesen. Die Feuerwehre hatte hier lange Zeit zu tun, um die in die Häuser eingedrungenen Wassermengen auszusaugen. In der Hauptstraße 17 war das Wasser in das Postamt eingedrungen, und auch hier mußte die Feuerwehre hilfreich eingreifen. Während der Nacht wurde die freiwillige Feuerwehre nach Wollersdorf gerufen, wo in der Wollersdorferstraße ein einfaches Geschäftshaus durch die Wassermassen schwer gefährdet wurde. Das Haus war unterpflückt und drohte einzustürzen. Die Feuerwehre hatte mehrere Stunden zu tun und konnte nur die eingedrungenen Wassermengen auspumpen. Der Straßenbahnverkehr nach Spandau war gestern bis in die späten Abendstunden hinein über die Spandauer Chaussee unterbrochen. Große Bäume waren durch das Regenwasser entwurzelt worden und hatten die Straßentrassen teilweise zerstört.

Der Wasserpegel der Spree und Havel ist über einen halben Meter gestiegen. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß die Havel des hohen Wasserstandes der Elbe wegen seinen genügenden Abfluß hat. Die Haveln zwischen Potsdam und Brandenburg sind meilenweit über die Ufer getreten und haben Tausende von Morgen Wiesengelände unter Wasser gesetzt.

Das Befinden der bei der Wetterkatastrophe in Wollersdorf schwer verletzten Angestellter ist nach Ansicht der Ärzte durchweg zufriedenstellend, so daß außer den bereits gemeldeten dreizehn Todesfällen, entgegen anders lautenden Nachrichten, weitere Opfer nicht mehr zu verzeichnen sind. Im Laufe des heutigen Vormittags gelang es auch, die Personalleisten der dreizehnten Toten festzustellen. Es ist dies die 43 Jahre alte Ehefrau Helene Wille, geborene Lerow, aus der Stuttgarter Straße 17. Ihre Schwester und die beiden Kinder sind bei der Katastrophe schwer verletzt worden.

Der Reichspräsident hat dem Vertreter des beurlaubten Oberbürgermeisters von Berlin, Bürgermeister Scholz, seine herzlichste Teilnahme anlässlich des Wollersdorfer Unglücks ausgesprochen und ihn gebeten, den Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Berliner Mitbürger sein Beileid sowie den Verletzten seine besten Wünsche für baldige Genesung auszusprechen.

* Stuttgart, 6. Juli.

Bei Sensheim ging ein verheerender Wollendruck nieder, der die Straßen völlig überschwemmte. Die Bewohner der anliegenden Häuser mußten zum Teil unter großen Schwierigkeiten gerettet werden. Die Straßen sind vollständig aufgewühlt und müssen zum Teil neu hergerichtet werden, die Felder sind verwüstet, das Heu ist fortgespült. In Rangenau bei Elm tobte ein schweres Gewitter. — In Westerbied wollte ein Bauer Heu holen und suchte vor dem Wetter Schutz unter dem Wagen. Der Blitz fuhr in den Wagen und zündete. Der Bauer wurde stark verbrannt, ebenso sein 15 Jahre altes Töchterchen. Zwei andere Kinder wurden getötet.

L. Basel, 6. Juli.

Auch die Schweiz ist durch anhaltende Gewitter und Wollenbrüche schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Fremdenindustrie leidet stark unter den fortgesetzten Regenfällen, da die Fremden ihren Aufenthalt vorzeitig abbrechen. In den Hochalpen fällt viel Neuschnee, der bis in die Pachtstraßen hinunterreicht. Vieles ist die Obstternte schwer gefährdet.

Der Ranton Naab ist am Sonntagabend von einem schweren Gewitter mit Hagelschlag heimgesucht worden, der besonders den Neben großen Schaden angerichtet hat. Vieles ist das Wasser in die Häuser eingedrungen. Durch Erdstöße sind einige Straßen und Bahnhöfe unpassierbar geworden.

hs. Gernsdorf (Ryn.), 6. Juli.

Heute hat ein ungeheurer Zustrom Neugieriger in das Wollenbruchgebiet eingekeilt; die schnell improvisierten Hilfsauskuffe der einzelnen Orte polieren junge Damen mit Sammelbüchern an die Verkehrspunkte, gern wird gegeben angesichts des unbeschreiblichen Elends. Glühend heiße Sonne liegt über dem Gebiet, die Schlammfluten fangen an zu trocknen und zu bersten und das Wasser läuft schnell ab. Entgegen dem Wetterbericht für heute scheinen neue Niederschläge vorerst nicht wahrscheinlich. Die Hitze läßt aber die Gefahr von Epidemien befürchten. Zahlreiche Jauchegruben sind vom Wasser zerstört worden, der Inhalt bildet nun, vereint mit dem Sumpf, gefahrdrohende Seuchenerde. Dazu kommt das fehlen jeglichen Trinkwassers. Die meisten Ortschaften haben keine Wasserleitung, die Hausbrunnen sind aber verfallend und verfaulend. Von einer Vorzorge der Behörden in dieser Beziehung ist bis heute nichts zu merken. Die Feuerwehren begnügen sich damit, die Keller auspumpen, eine fast übermenschliche Arbeit für die kleinen Wehren, da viele hundert Häuser noch meterhoch im Wasser liegen. Die Fußbetten sind fast vollständig verfaulend. Stellenweise liegen die bei dem abfließenden Wasser schon sichtbaren Sandberge bis hart an den oberen Rand der 3-4 Meter hohen Mauermauern. Wie diese enormen Massen je entfernt werden sollen, ist noch ein Rätsel, und doch ist es die dringende Aufgabe der Behörden, da sonst das Wasserniveau sich nicht mehr wesentlich senken wird und infolgedessen das gefährliche Wasser aus Kellern und den tiefer gelegenen Häusern sich nicht entfernen läßt. Die Ortsbehörden sind diesen Aufgaben nicht entfernt gewachsen, wenn Seuchen vermieden werden sollen, muß auch in dieser Richtung das Reich eingreifen. Es mag daran erinnert werden, daß Gernsdorf und Agnetendorf bei den vorjährigen großen Typhusepidemien die Hauptherde mit mehreren Todesfällen waren.

Neuer Weltrekord Lauffers. Der Amerikaner Lauffer hat gestern in Wien, wie unser o. Korrespondent telegraphiert, seinen Weltrekord im Radeln in 200 Meter verbessert. Er schwamm die Strecke in 2 Minuten 45,2 Sekunden, schwamm darauf weiter und erreichte 300 Meter in 4 Minuten 24 Sekunden, was ebenfalls einen neuen Rekord bedeutet; doch hofft er auch diese Rekords noch weiter zu drücken.

3000 Brieftauben entkranten. Am Sonnabend und Sonntag wurden etwa 6000 Brieftauben englischer und französischer Besitzer nach London, Manchester und Liverpool gestartet. Da nur ein geringer Teil der Brieftauben die Bestimmungsorte erreichte oder nach den Aufstellungsstellen zurückkehrte, nimmt man an, daß über 3000 Brieftauben von den schweren Stürmen



Wetterausblick für morgen in Berlin und Umgebung. Weit hart bewölkt, zeitweise Regenschauer, ein wenig kühler. (Detaillierte Wetterberichte Berlin, Nachdruck verboten.)

*** Diskontherabsetzung
der Reichsbank um 1/2 Prozent.**
Diskont 6 Prozent, Lombardzinsfuß 7 Prozent.

In der heutigen Zentralausschusssitzung der Reichsbank hat das Reichsbankdirektorium mitgeteilt, dass es sich entschlossen habe, den Diskontsatz der Reichsbank um 1/2 pCt. auf 6 pCt. und den Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verwertung von Wertpapieren und Waren auf 7 pCt. herabzusetzen. Darüber wird folgende offizielle Mitteilung verbreitet:

In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank teilte Vizepräsident Kauffmann in Vertretung des auf Urlaub befindlichen Reichsbankpräsidenten Dr. Schaech mit, dass das Reichsbankdirektorium beschlossene habe, den Reichsbankdiskont auf 6 pCt. herabzusetzen, und den Lombardzinsfuß von 7 1/2 auf 7 pCt. herabzusetzen. Er wies zur Begründung der Diskontermässigung darauf hin, dass die letzte Ermässigung auf die Inanspruchnahme der Reichsbank kaum einen Einfluss ausgeübt habe. Sie habe infolge des Halbjahrschlusses in der letzten Juniwoche naturgemäß zwar etwas zugenommen, und die gesamte Kapitalbewegung in Wechseln, Schecks, Lombard und Effekten sei etwa 100 Mill. \mathcal{M} grösser als Ende Mai. Davon entfielen aber 50 Mill. auf Lombarddarlehen, die stets nur für wenige Tage aufgenommen werden und deren Rückzahlung bereits wieder eingesetzt habe, und nur rund 44 Mill. auf den Wechselbestand; das eingetragene Wechselmaterial sei überdies ganz kurzfristig. Demnach habe sich die vorübergehende Verknappung des Geldmarktes am Ultimo Juni auf den Status der Reichsbank kaum ausgewirkt; es sei wohl auch zu berücksichtigen, dass die kürzliche Versteigerung des Marktes teilweise in markttechnischen Momenten ihren Grund habe. Wenn auch die Geldmarkt- und Wirtschaftslage nach wie vor ein vorsichtiges Vorgehen gebieten erscheinen lasse, so sehe sich doch die Reichsbank nach Prüfung aller Umstände in der Lage, eine nochmalige Zinsermässigung vorzunehmen, und erwarte, dass durch die neue Diskontherabsetzung, die sich automatisch auf die Zinssätze des ganzen Landes übertragen werde, eine weitere Entlastung an vielen Stellen eintreten werde, die entsprechend günstige Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft und insbesondere auch auf die Verhältnisse am Arbeitsmarkt auslösen könnte. Die Lage des internationalen Geldmarktes, auf die in Fragen der Diskontpolitik Rücksicht genommen werden müsste, stehe einer weiteren Diskontermässigung in Deutschland nicht im Wege. Uebrigens wolle auch die Goldschatzbank ihren Diskont um 1/2 pCt. auf 5 pCt. ermässigen.

Damit ist die 4. Diskontherabsetzung in diesem Jahre zur Tatsache geworden. Als die Reichsbank vor fast genau einem Monat am 7. Juni den Diskontsatz von 7 auf 6 1/2 pCt. herabsetzte, war in dem amtlichen Communiqué schon angedeutet, dass man im Gegenzug zu früher nur um 1/2 pCt. herabsetzte, dass man eine weitere Ermässigung abhängig mache von der Entwicklung der nächsten Wochen. Diese Frist, die sich die Reichsbank gestellt hatte, ist nunmehr abgelaufen. Es wurde, wie aus dem Communiqué hervorgeht, von der Vizepräsidenten Dr. Kauffmann zur Begründung der Diskontermässigung darauf hingewiesen, dass die letzte Ermässigung auf die Inanspruchnahme der Reichsbank kaum einen Einfluss ausgeübt habe. Die gegen die Vorwoche stärkere Beanspruchung zum Halbjahrsultimo, die aus dem heute veröffentlichten Reichsbankausweis zu sehen ist, dürfte nur als vorübergehende Erscheinung bewertet werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Verknappung des offenen Geldmarktes am Ultimo Juni teilweise in markttechnischen Momenten ihren Grund habe. Das ist zweifellos richtig. Wir haben ja auch in unserem letzten Geldmarktbericht ausführlich darauf hingewiesen.

Die Bedenken, die das Reichsbankdirektorium noch vor wenigen Wochen gegen eine neuerliche Diskontherabsetzung hatte, werden also jetzt durch den Gang der Ereignisse als überwinden angesehen. Diese Bedenken waren von Reichsbankpräsident Dr. Schaech so formuliert worden, dass man bei der Diskrepanz der kurzfristigen auf den Geldmarkt gegebenen Mittel und der grossen Nachfrage für langfristige Anlagen die Verwendung von Geldmarktdarlehen am Kapitalmarkt nicht weiter anregen müsse, da sonst die Gefahr einer Erschütterung des Kapitalmarktes bei grösserem Kapitalbedarf in der Zeit einer industriellen Belebung zu stark werden dürfte. Diese Bedenken klingen auch in der heutigen Begründung noch nach, wenn es in dem Communiqué heisst „wenn auch die Geldmarkt- und Wirtschaftslage nach wie vor ein vorsichtiges Vorgehen gebieten erscheinen lassen“. Die Reichsbank glaubt anscheinend die Gefahr der Hineinreibung neuer grösserer Beträge kurzfristiger Gelder in den Kapitalmarkt deswegen nicht mehr für so akut anzusehen, weil die Liquiditätsfähigkeit und Aufnahmewilligkeit des Publikums, und nicht zuletzt auch der Banken für langfristige Anleihen weiter nachgelassen hat, und dies nicht etwa wegen Erschöpfung des kurzfristigen Geldes, sondern obwohl eine Abundanz auf den Geldmarkt so gross war, dass erhebliche Beträge im Ausland platziert werden mussten. Tatsächlich sind nach den Steigerungen im April, wo für 453 Mill. \mathcal{M} Inlandsanleihen aufgelegt worden sind, im Mai nur 96,45 Mill. \mathcal{M} aufgelegt worden und im Juni trotz der erneuten Diskontermässigung nur 99 Mill. \mathcal{M} . Die Reichsbank glaubt aus diesen Tatsachen schliessen zu können, weil die vorige Diskontermässigung nicht zu einer falschen Umleitung von kurzfristigen Geldern in langfristige Gelder geführt hat, es diesmal auch nicht geschehen werde. Ob das wirklich der Fall ist, lässt sich vorläufig kaum beurteilen, denn man darf andererseits nicht vergessen, dass auf den deutschen Aktienmärkten eine ausserordentlich starke Belebung stattgefunden hat, von der nicht eindeutig feststeht, ob sie mehr mit ausländischem als mit inländischem Kapital genährt wird. Wir haben schon bei der Besprechung der vorigen Diskontermässigung nachdrücklich darauf hingewiesen, dass eine allzu starke Investierung kurzfristiger Mittel an den Effektenmärkten wegen der damit verbundenen Rückschlaggefahr nicht weniger gefährlich ist, als eine Investierung an den Anleihemärkten.

Die Reichsbank hat durch die erneute Diskontermässigung tatsächlich zuwege gebracht, sich den Sätzen des freien Marktes weiter beträchtlich anzunähern. Der Satz für bankierte Warenwechsel und für Monatsgeld, die sich am besten mit den Reichsbankdiskonts vergleichen lassen, zeigen dies deutlich. Vor dem Ultimo (die jetzigen Sätze dürfen nicht als Richtschnur genommen werden, da der Geldmarkt noch nicht den Ultimo völlig überwunden hat) war der Satz für Monatsgeld 6 1/2 bis 5 pCt. und 4 1/2—5 1/2 pCt. für bankierte Warenwechsel. Rechnet man zu dem letzteren Satz noch die Bankprovision von 1/4 pCt. hinzu, so würde also der private Diskont bereits beinahe den Reichsbankdiskont erreicht haben. Die jetzige Diskontermässigung lässt darauf schliessen, dass die Reichsbank im Gegensatz zu manchen Bankaktiven auch für die nächste Zeit ein Anhalten der bisherigen Flüssigkeit vorsieht.

In der Begründung der diesmaligen Diskontermässigung wird in dem Vordergrund auch die Lage des Geldmarktes gerückt. Tatsächlich bringt ja jede Diskontermässigung wegen der vielfachen Rechtsgeschäfte, bei denen der Reichsbankdiskont als Grundlage genommen wird (z. B. Zinssätze der Banken), eine Erleichterung der Wirtschaft. Da gewisse Anzeichen darauf hindeuten, dass wir uns vor dem Beginn einer leichten Konjunkturbelebung zu befinden scheinen, ist dieses Moment für die Reichsbank sicherlich für ihre Entscheidung von besonderer Bedeutung gewesen. Andererseits darf nicht verkannt werden, dass eine Diskontermässigung die Lage der Wirtschaft nur dann zu erleichtern vermag, wenn sie nicht bald wieder rückgängig gemacht zu werden braucht,

sondern Dauer verspricht. Ob das hier der Fall ist, bleibt abzuwarten.

Durch die Diskontermässigung ist im übrigen eine weitere Angleichung an die internationalen Zinssätze erfolgt, wie aus der folgenden Tabelle deutlich hervorgeht.

Amsterdam	3 1/2 pCt.	(in Geltung seit 3. Oktober 1925), Brüssel	7 pCt.	(23. April 1926), Danzig	7 pCt.	(11. Mai 1926), Helsingfors	7 1/2 pCt.	(29. Oktober 1925), Italien	7 pCt.	(18. Juni 1925), Kopenhagen	5 pCt.	(24. Juni 1926), London	5 pCt.	(3. Dezember 1925), Madrid	5 pCt.	(29. März 1923), New-York	3 1/2 pCt.	(23. April 1926), Oslo	5 1/2 pCt.	(20. April 1926), Paris	6 pCt.	(9. Juli 1925), Prag	6 pCt.	(13. Januar 1926), Russland	10 pCt.	(1. Januar 1924), Schweiz	3 1/2 pCt.	(22. Oktober 1925), Stockholm	4 1/2 pCt.	(8. Oktober 1925), Tokio	7 1/2 pCt.	(15. April 1925), Wien	7 1/2 pCt.	(30. März 1926).
-----------	------------	--	--------	--------------------------	--------	-----------------------------	------------	-----------------------------	--------	-----------------------------	--------	-------------------------	--------	----------------------------	--------	---------------------------	------------	------------------------	------------	-------------------------	--------	----------------------	--------	-----------------------------	---------	---------------------------	------------	-------------------------------	------------	--------------------------	------------	------------------------	------------	------------------

Da bekanntlich die Bank von England auch ihrerseits den Diskont herabsetzen will, sind gegen eine Herabsetzung des deutschen Diskonts unter dem Gesichtswinkel der Lage des internationalen Geldmarktes wie auch im Communiqué mit Recht betont ist, Bedenken nicht zu erheben.

*** Reichsbankausweis
zum Halbjahrsultimo.**

Stärkere Geldansprüche als in den Vormonaten. — Zunahme der Wechsel-, Lombard- und Devisenbestände.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 30. Juni zeigt, hat sich die gesamte Kapitalanlage in Wechseln, Schecks, Lombards und Effekten um 202,2 Mill. \mathcal{M} auf 1521,0 Mill. \mathcal{M} erhöht. Die Zunahme hält sich etwa im Rahmen der Beanspruchung während der letzten Woche des vorangegangenen Quartals, in welcher sie sich auf 157,4 Mill. \mathcal{M} stellte. In der Hauptsache entfällt die Vermehrung auf die Zunahme der Lombardbestände, die um 138,0 Mill. \mathcal{M} auf 143,3 Mill. \mathcal{M} anwuchsen. Die Bestände an Wechseln und Schecks erhöhten sich um 64,3 Mill. \mathcal{M} auf 1288,2 Mill. \mathcal{M} . Der geringe Restbetrag, der am Ende der Vorwoche noch weiterbegebenen Wechsel wurde im Laufe der Berichtswoche von der Reichsbank zurückgenommen.

Infolge der verstärkten Zahlungsmittelanforderungen sind an Reichsbanknoten 473,9 Mill. \mathcal{M} neu in den Verkehr

Aktiva		Reichsmark	
1. Noch nicht begebene Reichsbanknoten	177 212 000	unverändert	
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund feins an 1892 \mathcal{M} berechnete	1 492 284 000	+ 24 000	
3. Devisenbestand	(1 231 709 000)	+ (24 000)	
4. Golddepot (unbalanciert) bei ausländischen Zentralbanken	(200 435 000)	unverändert	
5. Bestand an deckungsfähigen Devisen	824 827 000	+ 175 092 000	
6. Bestand an sonstigen Wechseln und Schecks	1 288 206 000	+ 64 288 000	
7. Bestand an deutschen Scheidemünzen	108 286 000	+ 6 286 000	
8. Bestand an anderen Banknoten	10 813 000	+ 28 556 000	
9. Bestand an Lombardforderungen	143 377 000	+ 137 977 000	
10. Bestand an Effekten	89 498 000	unverändert	
11. Bestand an sonstigen Aktiven	681 026 000	+ 149 279 000	

Passiva		Reichsmark	
1. Grundkapital: a) begeben	122 786 000	unverändert	
b) noch nicht begeben	177 212 000	unverändert	
2. Reserverfonds: a) gesetzlicher Reserverfonds	88 862 000	unverändert	
b) Spezialreserverfonds für künftige Dividendenzahlungen	413 138 000	unverändert	
c) sonstige Rücklagen	160 000 000	unverändert	
3. Betrag der umlaufenden Noten	2 071 158 000	+ 473 913 000	
4. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	556 395 000	+ 287 100 000	
5. An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	119 877 000	- 40 565 000	
6. Sonstige Passiva	(-)	- (3 767 000)	

Bei den Abrechnungsstellen wurden im Monat Juni abgerechnet: 4 815 319 900 \mathcal{M}

gefloßen, so dass sich der Umlauf an Reichsbanknoten auf 2971,2 Mill. \mathcal{M} stellt. Der Umlauf an Rentenbanknoten erfuhr eine Zunahme um 150,8 Mill. \mathcal{M} auf 1387,8 Mill. \mathcal{M} . Die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen haben sich um 159,9 Mill. \mathcal{M} auf 128,2 Mill. \mathcal{M} verringert, da ausserdem 9,1 Mill. \mathcal{M} getilgt wurden. Am 30. Juni waren somit an Reichsbanknoten und Rentenbanknoten insgesamt 438,9 Mill. \mathcal{M} im Verkehr. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf erreichte Ende Juni eine Höhe von ca. 5180 Mill. \mathcal{M} . In Zusammenhang mit den Zahlungsmittelanforderungen gingen die fremden Gelder um 287,1 Mill. \mathcal{M} auf 829,9 Mill. \mathcal{M} zurück. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen erhöhten sich um 175,0 Mill. \mathcal{M} auf 1817,1 Mill. \mathcal{M} . Die Zunahme entfällt fast restlos auf den Bestand an deckungsfähigen Devisen, da dem Goldbestande nur 24 000 \mathcal{M} neu zugeführt wurden.

Die Deckung der Noten durch Gold allein ging von 56,7 pCt. in der Vorwoche auf 50,2 pCt. zurück. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen ermässigte sich von 66,7 pCt. am Ende der Vorwoche auf 61,2 pCt. am Ende der Berichtswoche.

*** Nichtigkeit und Löschung von lebensunfähigen Gesellschaften und Genossenschaften.** Herr Otto Ischer (Charlottenburg) schreibt uns: Die Massengründungen von Gesellschaften aller Art und Genossenschaften, die nachkriegs- bzw. Inflationszeit mit sich brachte, hatten bekanntlich viele Unternehmungen entstehen lassen, die häufig recht geringe oder auch von vornherein keine Lebensfähigkeit aufwiesen. Während nun in der Inflationszeit, in der alles Finanzielle auf dem Kopf stand, auch Baum für derartige unwirtschaftliche Unternehmungen, ging man bald nach der Stabilisierung unserer Währung daran, auch auf dem Gebiete wirtschaftlicher Unternehmungen die Spreu vom Weizen zu trennen. Es kam die zweite Durchführungsverordnung über die Goldbilanzen von 1924, die hier eingreifend die Nichtigkeit von Gesellschaften und Genossenschaften dann aussprach, wenn zu bestimmtem Zeitpunkt die Umstellung der betreffenden Unternehmungen auf Goldmarkt nicht erfolgte. Die Folge hiervon war, dass zuerst in massigen Grenzen seit März 1925 Gesellschaften und Genossenschaften für nichtig erklärt wurden. Die Zahl der für nichtig erklärten Unternehmungen stieg in der Folge gewaltig. Für die Genossenschaften erreichte die Zahl der Nichtigkeitsurteile in einzelnen Monaten mehr als 100 — die Gesamtzahl der seit dem Frühjahr 1925 bis jetzt auf diese Weise vom Bestande der deutschen Genossenschaften in Abgang gekommenen Genossenschaften beläuft sich auf mehr als 1000, wobei es sich meist oder fast ausschliesslich um Genossenschaften handelt, die von Anfang an keine Lebensfähigkeit zeigten und nur zur Vermeidung der Liquidationskosten weiter existierten.

Es zeigt sich bald, dass die Bestimmungen der Goldbilanzverordnung nicht ausreichten, um durchgreifend mit den lebensunfähigen Papiermarkt-Gesellschaften aufzuräumen. Es bestand für die betreffenden Unternehmungen nur ein Zwang zur Anmeldung des in Frage kommenden Generalversammlungsbeschlusses über die Umstellung auf Goldmarkt, wenn ein solcher Beschluss nicht zustande gekommen, bestand die Gesellschaft oder Genossenschaft weiter auf Papiermarktgrundlage. Auch war für Genossenschaften, Gesellschaften usw. Voraussetzung für die Löschung von Amts wegen das vorangegangene Liquidationsverfahren. Die Gesellschaftsregister blieben danach weiter mit Führung von Unternehmen belastet, die an und für sich nur auf dem Papier bestanden. Am 11. Juni d. J. ist nun eine neue Verordnung vom Reichspräsidenten erlassen worden, die die Nichtigkeit und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften wegen Unterlassung der Umstellung regeln und endgültig mit lebensunfähigen Unternehmungen aufräumen soll. Wenn nach dieser Verordnung eine Gesellschaft oder Genossenschaft bis zum 30. September 1926 einen Beschluss der Generalversammlung über die Umstellung nicht angenommen hat, so hat das Gericht der Genossenschaft oder Gesellschaft eine angemessene Frist unter der Androhung der Eintragung der Nichtigkeit zu bestimmen. Ist innerhalb der gestellten

Frist ein Umstellungsbeschluss nicht angemeldet, so ist die Nichtigkeit einzutragen ohne Rücksicht darauf, ob die Umstellung beschlossen ist oder nicht. Durch diese Verordnung ist nunmehr für bestimmte Fälle eine Löschung dieser Unternehmungen ohne Liquidation angedordnet. Gesellschaften oder Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb seit 1. Januar 1924 oder, wenn das Unternehmen nach dem 1. Januar 1924 errichtet ist, seit der Errichtung ruht, werden von Amts wegen gelöscht, wenn nicht bis zum 30. September 1926 ein Beschluss über die Umstellung angemeldet ist. Eine Liquidation findet nicht statt. Vor der Löschung soll jedoch bei den Gesellschaften aller Art die in Betracht kommende Handelskammer und bei den Genossenschaften sollen die zuständigen Revisionsverbände gehört werden. Stellt sich jedoch nach der Löschung das Vermögen der Genossenschaft heraus, so kann in solchen Fällen die Wiedereintragung des Unternehmens ermöglicht werden und auf Antrag eines Beteiligten eine Liquidation stattfinden. Ein Punkt aber wird auch diese Verordnung, wie die erste, noch nicht gerecht — und zwar der Statistik. Jedes Register für sich selbst schliesslich so oder so eine Bereinigung des Registers in dieser Verordnung sehen. Da von einer „angemessenen“ Frist für die Umstellung gesprochen ist, das Gericht festsetzt, so dürfte auch diese Fristsetzung sehr verschieden gehandhabt werden. Ob nach Ablauf einer solchen Frist, nachdem vorher die Nichtigkeit angedrängt ist, die Löschung erfolgt oder die Gesellschaft oder Genossenschaft sich gefügt und sich umstellt hat, also nach Ablauf der Frist weiterbesteht, ob die Eintragung der Nichtigkeit durch die Genossenschaften von dem zuständigen Revisionsverbande gegen die Löschung erhoben ist, ob schliesslich, da Vermögen vorhanden, doch eine Liquidation erfolgt, also die Löschung erst nach beendeter Liquidation eintritt, — das alles erfährt die Statistik nicht. Und doch ist dies das wichtigste. Ein Beispiel beweist dieses. Der „Deutsche Reichsanzeiger“, der die Bekanntmachungen zum Genossenschaftsregister veröffentlicht, brachte die Nachricht, dass die Siedlungs- und Aufbau-Genossenschaft in K. für nichtig erklärt wird, wenn sie nicht binnen drei Monaten sich umstellt hat. Ob die Genossenschaft dieses tut oder nicht, erfährt das betreffende Gericht. Es hätte also noch einmal eine Bekanntmachung zu erfolgen dahingehend, ob die Genossenschaft nun weiter besteht oder gelöscht wird. Auf ein Anfrage, ob eine solche Bekanntmachung nach drei Monaten erfolgen würde, hat das Amtsgericht in Kbg. verneinend geantwortet.

Hierin liegt ein Mangel für die Feststellung oder Weiterführung des Bestandes der Gesellschaften und Genossenschaften, der jede Statistik illusorisch macht!

*** Die Gründung des internationalen Röhrenkartells.** Vom Röhrenverband Düsseldorf wurden die Mitglieder auf Mittwoch, den 7. Juli, nach Düsseldorf zu einer Mitgliederversammlung eingeladen, in der der Vertrag über die internationale Preiskonvention für Röhren ratifiziert werden soll. Nach Genehmigung dieser Ratifikation ist die Unterzeichnung der Verträge nur eine Formalie. Von massgebender Seite wird betont, dass es sich nicht um einen europäischen Röhrenverband handelt, sondern um eine internationale Preiskonvention mit qualifiziertem Absatz. An dieser Konvention nehmen u. a. England, Italien und Spanien nicht teil. Jedes der beteiligten Länder verkauft selbständig.

*** Der amerikanische Prospekt der Montantrastanleihe.**

Ziffern aus der Eröffnungsbilanz.

Der Prospekt für die amerikanische Tranche der Anleihe der Vereinigten Stahlwerke in Höhe von 30 Mill. Dollar, liegt uns nunmehr vor. Die Anleihe läuft bekanntlich über 25 Jahre und ist zu 6 1/2 pCt. vorzinslich. Da der Emissionskurs 96 pCt. beträgt, stellt sich die Realverzinsung auf über 6,8 pCt. Die Zinszahlungen finden halbjährlich am 1. Juni und am 1. Dezember statt. Die Bonds können zu jedem Zinstermin durch Auslösung teilweise oder ganz aufgerufen werden und zwar bis zum 1. Juni 1931 zu 105, bis zum 1. Juni 1936 zu 103, bis zum 1. Juni 1941 zu 101 und bis zum 1. Juni 1951 zu 100 pCt. Der erste Aufruf findet am 1. Dezember 1926 statt. Die Tilgung erfolgt aus einem sink fund. Während der ersten 13 Jahre kommen je 600 000 Doll., während der späteren Jahre 1,8 Mill. Doll. zur Rückzahlung.

Der Prospekt weist auf die Bedeutung der Vereinigten Stahlwerke als des zweitgrössten Montanunternehmens der Welt nach der United States Steel Co. hin. Der tatsächliche Arbeitsbeginn des Trusts wird ungeachtet der Gründung mit Rückwirkung vom 1. April 1926 mit dem 7. Mai d. J. angegeben. Die Vereinigten Stahlwerke erzeugen nahezu 40 pCt. der gesamten deutschen Stahlproduktion und beschäftigen ungefähr 164 000 Personen. (Der Anteil an der deutschen Stahlzeugung hat sich infolge der Expansion sicherlich noch erhöht.) Der Wert der Anlagen wird nach der Schätzung eines amerikanischen Sachverständigen auf 537 671 800 Doll. angegeben. Die Anleihe ist bekanntlich hypothekarisch gesichert, und zwar an gleicher Stelle mit insgesamt 105 Mill. Doll. bereits laufenden Verpflichtungen. Unter diesen 105 Mill. Doll. befinden sich die europäische Tranche der Montantrastanleihe, 23,4 Mill. Doll. Industriekredite des Trusts, 20,5 Mill. Doll. sowie die von der Gröndewerke übernommenen Amerikanerleihen (35,5 Mill. Doll.) und Vorkriegsobligationen (24,5 Mill. \mathcal{M}). Aus der Eröffnungsbilanz vom 1. April 1926 werden die Betriebskosten auf der Aktivseite in einer Gesamthöhe von 86 799 087 Doll. einschliesslich 22 Mill. Doll. Kasse angegeben. Laufende Verpflichtungen sind mit 16 629 504 Doll. besetzt, so dass sich eine Liquiditätsquote von mehr als 5:1 ergibt. Diese Ziffern sind nicht ohne weiteres verständlich, wenn man berücksichtigt, dass bei der Gründung des Montantrusts gegen Aktien und Genossenscheine im wesentlichen Anlagen übernommen worden sind, während für die Vorräte eine besondere Vergütung gezahlt wurde, die zu einem sehr grossen Teile durch Wechsel erfolgt ist, und dass gleichzeitig Betriebsmittel durch einen Bankkredit bis zur Höhe von zirka 150 Mill. \mathcal{M} vorgeschossen worden sind. Auch wenn man annimmt, dass die Anleihebelasten der Gröndewerke vom Montantrust gegen übernommene Vorräte aufgerechnet worden sind, würde das keinen Überschuss von zirka 70 Mill. Doll. auf den Betriebskosten in der Eröffnungsbilanz erklären können. Man muss danach annehmen, dass in höherer Masse, als aus den bisherigen Veröffentlichungen der Vereinigten Stahlwerke hervorgeht, Vorräte gegen Genossenscheine übernommen worden sind. Eine authentische Erklärung zu diesen Ziffern wäre jedoch sehr erwünscht. Die Einnahmen der Vereinigten Stahlwerke (nach Abzug der Unkosten und laufenden Abschreibungen jedoch nicht der Zinsverpflichtungen und Steuern) von den amerikanischen Sachverständigen auf 28 811 358 Dollar im Jahre geschätzt. Es ist interessant, diese Ziffer mit der Schätzung für die Anlagevermögen in Beziehung zu setzen, da sich hieraus eine sehr geringe Verzinsungsquote von 5—6 pCt. ergibt. Die Notwendigkeit einer sehr vorsichtigen Bewertung der Anlagen in den Bilanzen der Montanwerke wird damit eklatant bestätigt. Auch lassen sich aus dieser Ziffer, die ja mit so niedrig angegeben sein wird, interessante Rückschlüsse auf die Vermögensausichten der Montantrust-aktiven ziehen. Für den Fall einer Stabilisierung der westeuropäischen Valuten und einer davon erwarteten Besserung des Eisenmarktes wird eine Erhöhung der Einnahmen um ca. 20 pCt. erwartet.

Im übrigen wiederholt der Prospekt die aus den verschiedenen Communiqués bekannten Bedingungen für den Bezug von Stahltraktanten durch die Anleihegläubiger für 1000 Dollar Obligationen (1000 \mathcal{M} Aktien), sowie in etwas veränderter Form die aus dem Prospekt der öffentlichen Entwürfe für den deutschen Prospekt in bekannter Beschränkung für die Aufnahme künftiger Anleihen, die allerdings noch einen sehr weiten Spielraum lässt.

*** Vielfache Überzeichnung der Vereinigten Stahlwerke-Anleihe.** Die Auflegung des deutschen Anteils an der Anleihe der Vereinigten Stahlwerke ist ein grosser Erfolg für diese Gesellschaft geworden. Die Zeichnungen gingen bei den Emissionshäusern so zahlreich ein, dass die Zeichnungslisten bereits wenige Minuten nach 9 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung, wieder geschlossen werden mussten. Die deutsche 30-Mill.- \mathcal{M} -Tranche der Stahltrastanleihe dürfte um ein Mehrfaches überzeichnet worden sein. In den Mittagstunden waren die Grossbanken noch mit der Zusammenstellung der aus der Provinz einlaufenden Zeichnungsergebnisse beschäftigt, so dass ein genauer Ueberblick über die insgesamt gezeichnete Summe bisher nicht vorliegt. Unter den deutschen Emissionen der Nachkriegszeit und auch der früheren Jahre steht der Erfolg dieser Anleihe einzigartig da. Es wird in Bankkreisen mit Sicherheit angenommen, dass die im Ausland zur Auflegung gelangenden Teile der Anleihe ebenfalls starkem Interesse begegnen werden.

[illegible]